

# Pulsnitzer Tageblatt

Presssprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Ersteinst an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundziffern in *Ant.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 *Ant.*, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 *Ant.*; amtlich 1 mm 30 *Ant.* und 24 *Ant.*; Reklame 25 *Ant.*. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zweiseitiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörnisdorf, Dreinig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Freibersdorf, Ehemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 251

Donnerstag, den 25. Oktober 1928

80. Jahrgang

## Vertliche und fächstische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Kirchenchor.) Morgen Freitag, abend nimmt der Kirchenchor wieder seine Übungsstunden auf. Er wird im Gottesdienst am Totensonntag den Chor „Selig sind die Toten“ aus der „Totenfeier“ von Fritz Hentschel mit Orgelbegleitung singen. Anfang Dezember singt er in einer Adventsvesper, und im Frühjahr während der Passionszeit plant er in einer Vesper „Die Totenfeier“ von Fritz Hentschel und einige Sätze aus Haydn's „Requiem“ mit Streichorchester und Orgel zu singen. Stimmbegabte und fangesfreudige Damen und Herren, die auch in der Pflege der Kirchenmusik Volkshilfe leisten, sind als neueintretende Sänger herzlich willkommen geheißen. Übungszeit: Freitag abend 8—10 Uhr im Ratsteller.

— (Ist Elternrente Einkommen?) Der Erste Senat des Reichsverwaltungsgerichts hat in einer kürzlich ergangenen Entscheidung den Leitsatz aufgestellt, daß Elternrente nach der Reichsunfallversicherung als Einkommen im Sinne des § 45 Abs. 2 des Reichsverwaltungsgesetzes anzusehen ist. Der Erste Senat begründet den Leitsatz damit, daß die Elternrente zwar auch für die Dauer der Bedürftigkeit gewährt werde, aber dennoch nicht dem Gebiete der Fürsorge und Wohlfahrtspflege angehöre. Auch ihrem Wesen nach sei sie nicht den Leistungen der Armenpflege, den Fürsorgeleistungen an Klein- und Sozialrentner, den Bezügen aus der freien Wohlfahrtspflege oder den Beihilfen an Veteranen und Kriegsteilnehmer vergleichbar. Die Elternrente nach der Unfallversicherung sei vielmehr ein Bezug, auf den die Eltern des Versicherten — allerdings unter der Voraussetzung der Bedürftigkeit — einen Rechtsanspruch haben. Dieser Anspruch beruht auf der versicherungspflichtigen Beschäftigung des an den Folgen des Betriebsunfalles verstorbenen Abkömmlings. Die Elternrente nach der Reichsunfallversicherung sei kein Bezug, der nur zum Zwecke der Abwendung der Bedürftigkeit in Ermangelung anderer Einkommensquellen gewährt werde, sie sei folglich bei der Prüfung der Frage der Bedürftigkeit als Einkommen anzurechnen.

— (Das Knipfen der Gänse) Da nunmehr wieder die Zeit heranrückt, in welcher man die jungen Gänse bei lebendigem Leibe zu rupfen pflegt, möchten wir darauf aufmerksam machen, daß ein derartiges Knipfen keinerlei Nutzen, sondern nur Schaden bringt. Denn abgesehen davon, daß das Knipfen den Tieren Schmerzen verursacht, wirkt es auch störend auf die Ernährung. Die Federn der Gänse werden mit 40 bis 60 Pfg. bezahlt. Nun braucht aber eine Gans zum Ersatz der gewonnenen Federn mehr an Futterwert, als wir für die Federn selbst erhalten, ohne daß dieses Futter dem Fleisch und Fett zugute kommt. Es beträgt das Gewicht der Federn einer gerupften Gans 60 bis 70 Gramm, und da 60 Gramm Federn als Verlust von einem Kilo Fleisch und Fett angesehen werden können, so wird jede Landwirtin, die halbwegs rechnen kann, ihre Gänse in Zukunft nicht mehr rupfen.

— (Weim Ueberwinterung der Rosen) sei erinnert, daß die Triebe nur entblättert unter die Schutzdecke kommen dürfen. Dadurch wird verhindert, daß sie während des Winters faulen und daß Pilzsporen usw., die vielfach an den Blättern sitzen, mit geschützt werden.

— (Wo meldet man sich zum Eintritt in die Reichswehr?) Die Meldungen zum Eintritt in die Reichswehr können jederzeit erfolgen. Man meldet sich am besten bei dem Truppenteil, bei dem man dienen will. Im Bereiche des Wehrkreises 4 kommen hierfür in Frage: Inf.-Regt. 10 (Standorte: Dresden, Bautzen und Löbau); Inf.-Regt. 11 (Standorte: Leipzig, Freiberg und Döbeln); Inf.-Regt. 12 (Standorte: Halberstadt, Dessau, Zerbst, Quedlinburg, Magdeburg); Art.-Regt. 4: Standorte: Dresden, Bautzen, Halberstadt; Pion.-Batt. 4: Magdeburg; Nachr.-Abteilung 4: Dresden; Kraft-Abteilung 4: Dresden, Leipzig und Magdeburg; Jahrsabteilung 4: Dresden, Magdeburg; Reiter-Regt. 12: Dresden, Großhain und Grimma. Die oft geäußerte Ansicht, daß das Reichsheer, insbesondere die Nachrichten- und Kraftfahrtruppen überfüllt seien, trifft nicht zu. Die Eintrittsbedingungen sind: Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Ablegung der Verpflichtung zum unterbrochenen zehnjährigen Dienst, Tauglichkeit nach militärischem Urteil, Unbescholtenheit, rasche Auffassungsgabe,

## Parker Gilbert verhandelt in Berlin

Belgien gegen die Revision des Dawesplanes  
Seipel zu den Friedensvorschlägen der Sozialdemokratie

**Brüssel.** Der Reparationsagent Parker Gilbert gab anlässlich eines Frühstückes bei dem belgischen Ministerpräsidenten Jaspars den Regierungsmitgliedern Kenntnis von seinen Unterredungen in London und Paris. Die belgischen Minister teilten ihm mit, ihre Regierung sei fest entschlossen, die im Dawesplan Belgien zugestandene Position aufrechtzuerhalten, falls ein Sachverständigenausschuß zur Revision ernannt werden sollte.

Parker Gilbert hat nach seiner Rückkehr in Berlin sofort den in Frage kommenden Behörden des Reiches über das Ergebnis seiner Londoner, Pariser und Brüsseler Besprechungen Mitteilung gemacht. Die deutsche Regierung wird dann prüfen, ob sich ihre Wünsche hinsichtlich der Zusammensetzung der Sachverständigenkommission bzw. des Tagungsortes, mit den in den alliierten Hauptstädten geäußerten Vorschlägen in Einklang bringen lassen.

## Seipel zu den Friedensvorschlägen der Sozialdemokraten

**Wien, 25. Oktober.** Bundeskanzler Dr. Seipel hielt am Mittwoch in einer Versammlung eine Rede, in der er u. a. daran erinnerte, daß am 22. Oktober 1920 die letzten Sozialdemokraten aus der österreichischen Bundesregierung ausgeschieden seien. Seipel fuhr dann fort: Ich muß der Wahrheit getreu feststellen, daß wir damals, als wir zum ersten Male seit dem Bestand des neuen Oesterreichs die stärkste Partei geworden waren, gar nicht mit dem Anspruch aufgetreten sind, allein regieren zu wollen. Dazu sind wir erst mit der Zeit erzogen worden, und zwar durch die Sozialdemokraten. Sie hatten nämlich unser Angebot zur Mitarbeit mit Hohn und Spott beantwortet. Dann machten sie Versuche, die Mehrheitsfront zu zerreißen, und als diese Versuche nicht gelang, nunmehr das Parlament selbst herunterzujagen. Sie haben es getan, indem sie in das Parlament der Demokratie die obstruktionistischen Methoden eingeführt haben. Natürlich ist es ihnen gelungen, uns oft längere Zeit zu einem gänzlich unfruchtbaren Kampf zu zwingen. Das die Heimwehrführer das Wort von der Stagnation des Parlamentes aufnahmen, daß sie dabei lebhaft Zustimmung fanden, das ist das Werk der Sozialdemokratie. Diese aber schreien jetzt auf einmal: Die Heimwehren und die Regierung stören den Frieden. Die sozialdemokratischen Friedensangebote hätten rascher zu einem Erfolge geführt, wenn wir sie nicht zu gut kennen. Wir wissen aber, was die Sozialdemokraten unter Frieden verstehen würden, es ist der Friede des Unterwerfens unter ihr Diktat. So wie die Friedenskonferenzen nach dem Weltkrieg in den Vororten von Paris abgehalten wurden, dürfen sie bei uns nicht abgehalten werden, daß nämlich die einen hingehen und diktieren und die anderen nur ins Zimmer gerufen werden, um zu unterschreiben. Die Sozialdemokraten sind keine so glorievollen Sieger, daß sie uns diktieren könnten. Die Sozialdemokraten, wenn sie wirklich den inneren Frieden wollen, müssen vor allem aufhören eine Partei zu sein, die sich selbst für eine militärisch aufmarschierende Garde hält.

Körpergröße von mindestens 1,65 Meter. Eintrittsalter: vollendetes 17. bis vollendetes 21. Lebensjahr. — Nähere Auskünfte werden den Bewerbern durch die Truppenteile baldigt und gern gegeben.

**Rammenau.** (Unglücksfall auf der Schaukel.) Am Sonntag ereignete sich auf einer Lustschaukel in Rammenau ein Unglücksfall. Ein Herr und eine Dame schaukelten, letztere wurde vom Unwohlsein befallen, und infolge dessen in halber Höhe aus dem Rahn geschleudert. Durch den geistesgegenwärtigen Bremsen, Herrn Walter Emich, Kamenz, konnte ein größeres Unglück verhütet werden. Die Dame ist in einem Auto abtransportiert worden.

**Radeberg.** (Der diesjährige Herbstjarmarkt) findet kommenden Sonntag und Montag statt. Die Vorbereitungen hierfür sind schon lebhaft im Gange.

**Dresden.** (Verhüteter Mord und Selbstmord.) Am Dienstag kurz vor 6 Uhr nachmittags sprang

Solange ich nicht die Sicherheit habe, daß sich vor den Sozialdemokraten niemand mehr zu fürchten braucht, solange gibt es in Oesterreich keinen Frieden und keine Abrüstung.

## Neue Anträge zur Reichsreform.

**Berlin.** Die Beratungen des Ausschusses der Länderkonferenz, in denen die Reichsregierung eine Entschließung vorlegte, die u. a. sich auch auf das Verhältnis zwischen Reich und Preußen und auf die Uebertragung von Verwaltungsaufgaben von den Ländern auf das Reich bezogen, waren am Dienstag nachmittag unterbrochen worden. Die bayerische Regierung hatte eine Beratung der Länder ohne Teilnahme der Reichsregierung gewünscht. In diesen Beratungen konnte zwischen den Ländern ein Einvernehmen nicht erreicht werden. Mittwoch sind auf der Konferenz Anträge von Preußen, Sachsen, Bayern und Anträge von Mitgliedern des Ausschusses, die nicht der Reichsregierung angehören, aber von der Reichsregierung berufen wurden, eingebracht. Diese Anträge wurden am Mittwoch behandelt.

## Bayern zu den Reichsreformvorschlägen der Reichsregierung.

**München.** Zu der im Ausschuss der Länderkonferenz vorgelegten Entschließung der Reichsregierung in der Frage der Reichsreform bemerkt die „Münchener Telegrammzeitung“, es sei bemerkenswert, in wie starkem Maße sich die Reichsregierung die Vorschläge des preussischen Bevollmächtigten Dr. Brecht zu eigen mache. Die „Bayerische Staatszeitung“ hebt nur kurz hervor, daß der unitaristische Charakter der Entschließung den sofortigen Widerstand Bayerns gefunden habe. Ausführlich nimmt dagegen die „Bayerische Volkspartei“ Stellung. Sie schreibt: Man hat den Eindruck, als ob die Reichsregierung nicht den Mut hätte, das Kind bei Namen zu nennen. Deshalb ist äußerste Vorsicht geboten und es ist verständlich, daß der bayerische Ministerpräsident nach Bekanntgabe dieser Vorschläge die Vertagung der Konferenz bis auf den letzten Tag beantragt hat. Entscheidend bleibt für Bayern die Grundfrage, ob die beabsichtigte Reichsreform die bundesstaatliche Struktur des Deutschen Reiches wahren will.

## Das endgültige Ergebnis des kommunistischen Volksbegehrens.

Nur 2,94 Prozent aller Stimmberechtigten haben sich eingetragen.

Das amtliche Ergebnis des Volksbegehrens der Kommunisten gegen den Bau von Panzerkreuzern liegt jetzt endgültig vor. Es sind insgesamt nur 1216 501 Eintragungen erfolgt bei 41 348 994 Stimmberechtigten, das sind 2,94 Prozent. Die höchste Ziffer der Eintragungen haben die Kommunisten in Berlin erreicht, wo sie die nötigen 10 Prozent der Stimmberechtigten überschritten haben mit 16,22 Prozent bei 248 458 Eintragungen. Sonst sind nur der Wahlkreis Leipzig mit 6, der Wahlkreis Chemnitz-Zwickau mit 5,2 und der Wahlkreis Merseburg mit 6,3 sowie Düsseldorf-Ost mit 5,6 Prozent über die sonstige allgemeine Linie von rund 1 bis 2 Prozent hinausgegangen.

unterhalb der Augustusbrücke eine 38 Jahre alte Kaufmanns-ehetrau mit ihrer neunjährigen Tochter in die Elbe. Beide konnten aber von den Spaziergängern wieder aus den Fluten geborgen werden. Mutter und Tochter wurden nach der Heil- und Pflegeanstalt gebracht.

**Dresden.** (Mandatsniederlegung.) Der hiesige Landtagsabgeordnete Syndikus Berg (Dresdener) hat sein Mandat niedergelegt. Sein Nachfolger wird wahrscheinlich der Staatsquintbesitzer Hauffer-Dahlen werden.

**Bad Schandau.** (Einbruch in eine Unterkunfthütte.) Noch unbekannt gebliebene Spitzbuben erbrachen die am Waldrande bei Kleinhennersdorf-Krippe gelegene Unterkunfthütte des Klubs Dresdener Gipfelstürmer und stahlen daraus einige Wolldecken, drei dreißig Meter lange Kletterseile, einen Teichling, in dessen Schacht der Name Schubert verzeichnet war, und andere kleinere Sachen.